

B. 100 % sichere Energie

Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen

Als wir 1980 das erste Mal zur Bundestagswahl angetreten sind, haben wir gegen alle anderen Parteien den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Wende in der Energiepolitik hin zu Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz gefordert. Damals wurden diese Ideen als „Spinnertum“ abgetan.

Heute, eine Generation und zwei Atomkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima später, ist der Atomausstieg zu großen Teilen Realität und der Einstieg in die Energiewende gelungen: Von den 26 Atomkraftwerken, die Anfang 1990 in Ost- und Westdeutschland in Betrieb waren, laufen nur noch neun. Der Bundestag hat im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Dem gegenüber steht die unter Rot-Grün eingeleitete Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien: Sie wuchsen von 5 % im Jahr 1998 auf heute 25 % und sind damit der zweitwichtigste Stromerzeuger geworden. Das ist ein zentraler Erfolg grüner Politik.

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Daher wollen wir die Sicherheitsanforderungen national und international erhöhen, entsprechende Nachrüstungen an den AKW durchsetzen und so die Rahmenbedingungen ändern, damit die Betreiber das letzte AKW schon deutlich vor 2022 abschalten. Zudem wollen wir die bilaterale Zusammenarbeit bei der Atomsicherheit verbessern und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an AKW-Planungen in Nachbarstaaten beteiligen.

Wir wollen, dass die Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell wird. Aber die Vollendung der Energiewende geschieht nicht von allein: CDU/CSU und FDP stellen täglich unter Beweis, dass sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur widerwillig betreiben. Mit überbordenden Industrieprivilegien konterkarieren sie den ökologischen Wandel der Wirtschaft und belasten die Verbraucherinnen und Verbraucher mit unfairen Strompreisen. Schwarz-Gelb würde den Atomausstieg offenkundig am liebsten wieder rückgän-

gig machen. Assiiert werden sie dabei von einschlägigen Lobbyorganisationen mit millionenschweren Werbeetats, die den Ausbau Erneuerbarer Energien zum Erliegen bringen wollen. Doch in der Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, der diesem Interesse zuwiderläuft. Die meisten Menschen wollen, dass auch die letzten neun Atomkraftwerke bald abgeschaltet werden und auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Wir haben das Zeitalter der Erneuerbaren Energien eingeläutet und jetzt muss die Energiewende mit Leidenschaft, Begeisterung und Kreativität vorangetrieben werden – auch global. Es geht darum, bezahlbare Energie für alle bereitzustellen, ohne dass dafür – wie bisher – unsere Kinder Atommüll, eine Klimakatastrophe und ökologische Schulden aufgebürdet bekommen. Dafür stehen nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Und wir wollen den Erfolg der Energiewende weltweit. Denn die Antwort auf Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung. Der Weg weg von fossilen Energien und Atom ist auch vorausschauende Friedenspolitik. Deutschland muss seiner Verantwortung als Vorbild für einen klimagerechten weltweiten Umstieg auf Erneuerbare gerecht werden und verlässlicher Partner sein für die Bekämpfung von Energiearmut. Deshalb müssen wir Lösungen für den Energiehunger der Metropolen mitentwickeln und zugleich dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die deutsche Energiewende steht im globalen Scheinwerferlicht. Wenn sie erfolgreich ist, werden sich andere wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale klimapolitische Dynamik entstehen lassen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Energiewende zum Erfolg führen. Das bringt auch einen Durchbruch beim Kampf gegen den globalen Klimawandel mit sich – denn Deutschland wird international als Testfall dafür betrachtet, ob Klimaschutz und Erneuerbare Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und mit Gewinn verbunden werden können.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil wir damit Zukunft schaffen. Wir wollen unseren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen – eine Energieversorgung frei von Atomgefahren und klimaschädlichen CO₂-Emissionen, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe, die zu Millionen von Klimaflüchtlingen führt.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil so die Energie aus den Händen der Konzerne in die Hände der BürgerInnen wandert. So können sich endlich alle einmischen und mitmachen bei der Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil nur sie soziale Teilhabe in der Energieversorgung dauerhaft absichert. Während die Preise für Kohle, Öl und Gas kontinuierlich steigen, schickt die Sonne keine Rechnung. Um die Energiewende besser koordinieren zu können, machen wir uns für eine Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium stark. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Netzausbau und Strommarktreform gehören endlich zusammen gedacht.

1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft

Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25 %. Bereits 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 % erneuerbar produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich streben wir eine Umstellung möglichst bis 2040 an. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022, wenn spätestens die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.

Dass 100 % Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien eine technologische Herausforderung darstellt, ist uns klar. Doch wir setzen auf die Leidenschaft und Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt – und wie sie in vielen Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit Händen zu greifen ist. Die Erfahrung anderer industrieller Entwicklungen macht Hoffnung: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. So wurde etwa 1885 in Berlin das erste Kraftwerk in Deutschland errichtet, bereits im Jahr 1900 hatten praktisch alle Städte Elektrizität. Während 1970 Computer noch auf Lochkartenbasis funktionierten und Hallen füllten, hatten 25 Jahre später schon viele Haushalte einen eigenen PC zu Hause. Die Elektrifizierung der Städte bis 1900 oder die Verbreitung des Internets brauchten nur

wenige Jahre. Wenn wir es wollen und vorantreiben, können wir auch den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass die hierfür notwendige Politik umgesetzt wird und die Kosten gerecht verteilt werden. Wir wollen daher das von uns im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den Technologie-Boom ausgelöst hat und von vielen Ländern in aller Welt nachgemacht wurde, intelligent fortentwickeln. Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 % gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen.

Darüber hinaus wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir, dass sie zukünftig ehrlich ist, und werden sie sachgerecht umgestalten. Wir wollen eine Effizienzrevolution fördern, bei der drohende Rebound-Effekte, also der Verlust an Effizienzgewinnen durch erhöhten Verbrauch, vermieden werden. Doch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz dürfen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben. Im Wärme- und Verkehrssektor müssen die großen Einsparpotentiale ebenfalls besser ausgeschöpft werden. Hierbei achten wir darauf, dass Unternehmen sich nicht durch sog. Greenwashing vor Ihrer Verantwortung drücken.

Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind und Sonne die Basis unserer Stromerzeugung. In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas („Power-to-Gas“).

Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf umgestellt werden. Notwendig ist deswegen ein verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist. Wir wollen Kapazitätsmechanismen, die im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen. Wir wollen Deutschland zur Modellregion für intelligente Netze (Smart Grids) machen.

2. Die Energiewende von unten weiterführen

Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien in Deutschland wurde zu über 90 % von Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den vier großen Energieversorgern gestemmt. Wir wollen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürgernäher wird. Dies hat das EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung eingeleitet. Wer diese erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG schrittweise weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten. Gleichzeitig werden wir das Gesellschaftsrecht so formulieren und uns weiterhin dahingehend einsetzen, dass die Energiewende auch in Zukunft durch eine breite Beteiligung von KleinanlegerInnen vorangetrieben werden kann.

Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand zu nehmen und die Energieerzeugung in Bürgerhand sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern. Das stärkt Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der Menschen in der Region bleiben.

Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger, als ihn zu speichern. Gerade der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien braucht den Stromnetzausbau. Dabei müssen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und einem Ausbau vorausgehen. Wir stehen daher zu einem sinnvollen Netzausbau –

auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen in Verteil- und Übertragungsnetzen ausgeschöpft werden. Beim Netzausbau sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung essentiell. Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen erstellt werden. Wir wollen Erdkabel als weithin akzeptierte Alternative zu Freileitungen einsetzen. Neue 110-kV-Leitungen sind grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, neue 380-kV-Leitungen zumindest in sensiblen Gebieten mit Blick auf Bevölkerung und Natur. Wir wollen dabei auch ambitionierte immissionsschutzrechtliche Vorsorgewerte berücksichtigen. Wir wollen den Einstieg des Bundes in eine zu gründende deutsche Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand, um die derzeitigen Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung von Projekten zu reduzieren. Dazu sollen die vier Netzregelzonen zusammengeführt werden. Wir werden aber auch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten erarbeiten, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren können. Ebenso setzen wir beim Ausbau von Erneuerbaren auf eine intensive Beteiligung und Einbeziehung der Betroffenen sowie auf Berücksichtigung naturschutzfachlicher Vorgaben.

Um eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen, brauchen wir auch intelligente Verteilnetze (Smart Grids) und neue Stromspeicher; wir müssen die Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen. Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen. Die Speicherung von Gas muss auf stabile Lagerstätten begrenzt werden. Den Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie der erforderlichen Netz- und Speicherinfrastrukturen zu. Dazu müssen die raumordnerischen Instrumente und Verfahren

bei frühzeitiger Beteiligung der BürgerInnen gestärkt werden. Dabei werden alle Teilnehmer am Energiemarkt – ob kleines Stadtwerk oder großer Konzern – ihren Beitrag leisten müssen.

Die Energiewende darf nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des Naturschutzes gehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Erzeugung und den Import von Biomasse an die Einhaltung strenger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu binden. Auch in Deutschland ist die weitere Biomassennutzung aufgrund der Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, stofflichen Nutzung und zu Naturschutz- und Erholungszwecken sehr begrenzt. Die beschränkte Menge Biomasse, die zur Stromerzeugung zur Verfügung steht, muss primär dazu dienen, die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Dem übertriebenen Maisanbau, den Fehlsteuerungen in der Agrar- und Energiepolitik der letzten Jahre zu verantworten haben, wollen wir entgegenwirken. Daher werden wir die Rahmenbedingungen im EEG so ändern, dass die Förderung von Biogasanlagen sich künftig auf die Verwertung biogener Reststoffe konzentriert und Anreize geschaffen werden, von Monokulturen auf Anbau in Fruchtfolgen und auf ökologisch und landschaftlich attraktive Energiepflanzen (z. B. Blühpflanzenmischungen, Klee gras) umzustellen.

3. 100 % sichere Energie ohne Kohle und Öl

Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO₂-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern. Und wir werden uns international für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Steinkohleabbau einsetzen. Gas hat von den fossilen Energieträgern die geringsten CO₂-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen. Trotzdem ist uns bewusst, dass

auch Gas endlich und klimaschädlich ist. Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil der KW an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 25 % steigern. Dazu wollen wir das KWK-Gesetz novellieren und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung“) verbessern. Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken sowie die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemiekalien („Fracking“) lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Giftige Lagerstättenwasser dürfen nicht wieder verpresst werden.

Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weist. Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 %, bis 2030 um 60 %, bis 2040 um 80 % und bis 2050 um 95 % unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Gesetz wird verbindliche Ziele für den Verkehrs-, Wärme- und Strombereich sowie die Land- und Forstwirtschaft beinhalten. Die Fortschritte werden jährlich überprüft. Bei Zielverfehlungen muss das zu viel ausgestoßene CO₂ ausgeglichen und der Klimaschutz verstärkt werden. Dazu sind im Klimaschutzgesetz konkrete Maßnahmen und wirksame Sanktionen vorzusehen. Investoren haben so Sicherheit für ihre langfristigen Strategien hinsichtlich Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz.

Wir wollen – finanziert aus der Kürzung umweltschädlicher Subventionen – das Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein 3,5 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanreizprogramm, erneuerbare Wärme und „Smart Grid“-Technologien (intelligente Stromnetze) und für Forschung unterlegen sowie das Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken. Für die Entwicklung von Effizienz und höchsten Sicherheitsstandards bei der Smart-Grid-Technologie werden wir einen angemessenen finanziellen Rahmen schaffen.

Die Förderung von Erdöl kann mit traditioneller Produktionsweise seit Jahren weltweit nicht mehr erhöht werden. Die Nachfrage wächst jedoch zugleich ungebremst weiter. Auch das sog.

Fracking wird den Preistrend nach oben auf Dauer nicht bremsen. Wir GRÜNE wissen: Wir müssen „weg vom Öl“, ehe es uns verlässt. Denn die zunehmende Verknappung und Verteuerung von fossilen Ressourcen kann zu drastischen Energie- und Mobilitätskostensteigerungen, zu Nahrungsmittel- bzw. Ernährungskrisen bis hin zu geopolitischen Spannungen und dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige führen. Den Aspekt künftig drastisch steigender Rohstoffpreise wollen wir in allen Planungs- und Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand als wichtige Leit- und Entscheidungslinie beachten. Die Diskussion über neue Wirtschaftsweisen und Lebensstile beim Übergang „weg vom Öl“ wollen wir interdisziplinär und offensiv führen.

4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln

Die Energiewende gelingt nur mit dem Atomausstieg – der Atomausstieg gelingt nur mit der Energiewende. Bei den noch laufenden Atomkraftwerken muss die Sicherheit höchste Priorität haben. Besonders die beiden noch laufenden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen stellen weiterhin ein großes Risiko dar. Mit uns gibt es keine Sicherheitsrabatte. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Nutzung der Atomkraft sicher, schnell und endgültig beendet wird. Wir werden die Sicherheitsanforderungen – anders als Schwarz-Gelb – erhöhen und wieder auf den Stand von Wissenschaft und Technik bringen. Falls diese Standards nicht eingehalten werden können, müssen die betreffenden AKW vom Netz genommen werden, das beschleunigt den Atomausstieg. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen AKW noch mindestens eine periodische Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wird, und Vorsorge gegen Flugzeugabsturz verlangen. Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Aus unserer Sicht ist der Atomausstieg erst vollendet, wenn alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementeproduktion Lingen geschlossen sind; das ist unser Ziel.

Auch AKW jenseits unserer Grenzen bergen hohe Sicherheitsrisiken. In einer künftigen Bundesregierung werden wir daher Verhandlungen mit den betreffenden Nachbarländern über die Sicherheitsstandards führen und Unterstützung bei der Energiewende anbieten. Wir werden die Aahus-Konvention so in deutsches Recht umsetzen, dass BürgerInnen Zugang zu Informationen und Einspruchsmöglichkeiten haben. Der Atomausstieg ist unglaublich, wenn Deutschland zugleich AKW-Projekte im Ausland unterstützt. Hermes-Bürgschaften für AKW wollen wir deshalb sofort und endgültig stoppen.

Die Energiewende muss auch in der Forschung stattfinden. Forschung zur weiteren Nutzung der Atomenergie und zur Kernfusion ist nicht zukunftsfähig. Anstatt Geld für die kerntechnische Transmutation und das Kernfusionsprojekt ITER zu verschleudern, werden wir öffentliche Forschungsmittel für Transformationsforschung einsetzen, die technologische Innovationen und die gesellschaftliche Verankerung der Energiewende unterstützt. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende des EURATOM-Vertrags und die Fusionsforschung durch das Projekt ITER ein. Wenn dabei keine konsensuale Einigung mit den anderen Vertragspartnern möglich ist, sollte Deutschland einseitig aussteigen.

Der noch eine Million Jahre strahlende Atommüll ist unser aller Müll – ob wir seine Produktion wollten oder nicht. Dafür muss diese Generation die Verantwortung übernehmen und endlich unter breiter BürgerInnenbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent den bestgeeigneten Endlagerstandort suchen. Atomindustrie und politische Kräfte, die weiterhin versuchen, den ungeeigneten Standort Gorleben durchzusetzen, werden auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Die Endlagersuche muss komplett von den Verursachern des Atommülls finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle

Energie ist Lebenselixier – eine warme Wohnung und eine sichere Stromversorgung sind heute für jede/n elementar. Energiepolitik ist deswegen auch eine Frage der sozialen Teilhabe. Eine auf Kohle, Öl und Gas basierende Energieversorgung ist aber ein Armutrisiko für weite Teile der Bevölkerung. So waren 2011 und 2012 mit einem Preis von jeweils 107 Dollar pro Barrel die mit Abstand teuersten Öljahre der Geschichte, auch die Kohle- und Gasimportpreise sind zuletzt deutlich gestiegen.

Mit der Energiewende im Wärmemarkt schaffen wir energetische Teilhabe für alle. Schließlich sind die Wärmekosten ein größerer Faktor als die Stromkosten. Es ist unser Ziel, dass nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrigenergiehaus-Niveau saniert werden und der verbleibende Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien gedeckt wird. Denn die Sonne schickt keine Rechnung. Wir wollen im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz verankern, dass neben dem Neubau auch nach Modernisierungen der Heizungsanlagen im Gebäudebestand erneuerbare Wärme anteilig genutzt werden muss. Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden. Neubauten, die als Plusenergiehäuser gebaut werden, sollen gefördert werden. Strom- und Wärmeversorgung – z. B. durch BHKW – sollen gekoppelt werden. Wir setzen den Rahmen so, dass die Sanierungsquote von heute 0,7 % auf 3 % im Jahr steigt. Gleichzeitig dürfen aber die mit der energetischen Sanierung verbundenen Investitionskosten nicht dazu führen, dass die Mieten für die MieterInnen nicht mehr bezahlbar sind. Vielmehr ist es unser Ziel, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.

Wir wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben, und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes zur Verfügung, um soziale Härten zu verhindern. Zudem wollen wir das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieein-

sparverordnung so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bieten. Weiteres zur energetischen Gebäudesanierung findet sich im Kapitel „Unsere Politik vor Ort“.

Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben. Von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen insbesondere finanzschwache Haushalte profitieren. Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Die Energiewende wird zurzeit nur von den VerbraucherInnen und nicht privilegierten Unternehmen finanziert, die richtigen Stromfresser bleiben außen vor. Geschenke an die Industrie wollen wir abschaffen. Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können. Wir werden uns international dafür einsetzen, Strompreissubventionen abzubauen. Bei den Vorteilen ist es umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Privilegien für die Industrie und andere Großverbraucher abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen. Das entlastet die Verbraucherinnen und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro. Das entspricht bei dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie einer Entlastung von 35 Euro pro Jahr. Die Befreiung großer Stromverbraucher von den Kosten der Stromnetze haben Gerichte und EU-Kommission verworfen. Die Bundesregierung will diese ungerechtfertigte Vergünstigung trotzdem weiterführen. Wir wollen sie abbauen, denn gerade große Unternehmen sind auf ein funktionierendes Stromnetz angewiesen und können dieses nicht von Privathaushalten finanzieren lassen.

Die Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente, Sozialhilfe, BAföG und anderen Transferleistungen müssen rascher an gestiegene Strompreise angepasst werden, damit es nicht zu sozialen Schiefagen kommt. Wir wollen ein energetisches Existenzminimum gewährleisten. Gas- und Stromsperrern für Privathaushalte müssen gesetzlich eingeschränkt und die Versorger verpflichtet werden, eine Ratenzahlungsvereinbarung oder den Einsatz von Vorkassen-

zählern anzubieten, statt Strom oder Gas zu sperren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auch ohne Energiewende würden die Strompreise steigen, denn aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.

Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren Stromverbrauch senken. Wir wollen wie von der EU vorgegeben und in einigen europäischen Ländern wie z. B. Dänemark bereits erfolgreich angewandt, eine gesetzliche Grundlage für einen Markt für Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Haushalten schaffen. Das Ziel lautet, bis 2020 15 % des Stromverbrauchs einzusparen. So machen wir Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos und senken die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele richtige europäische Initiativen sind an Schwarz-Gelb gescheitert. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird. Wir GRÜNE werden das Thema Energieeinsparungen deshalb deutlich mehr in den Fokus rücken. Dazu ist es notwendig, konstruktiv europäische Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz voranzubringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50 % führen. Damit könnten die Belastungen von Unternehmen für ihre Energiekosten enorm gesenkt werden, ohne die Verbraucher zu belasten. Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert aber auch eine kritische gesellschaftliche Debatte über unseren Umgang mit Energie. Wir GRÜNE stellen uns dieser Herausforderung.

6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global

Für uns war die drohende Klimakatastrophe nie ein rein ökologisches Thema. Vielmehr stellen wir den globalen Zusammenhang

her. Insbesondere die Länder, die am wenigsten zu den Klima-
veränderungen beigetragen haben, leiden zuerst und am stärksten
unter den Folgen. Doch mehr und mehr zeigt sich, dass auch für die
industrialisierten Länder und ihre Ökonomien selbst eine massive
Gefahr und Bedrohung besteht. Auch die Verursacher der Klima-
veränderungen werden zukünftig stärker von Extremwetterereig-
nissen wie Stürmen, Dürren und Starkregen betroffen sein. Falls
alle Bemühungen fruchtlos sein sollten und eine Erhitzung von weit
über 2 Grad erfolgt, wäre eine andere Welt die Folge, für die es
in der menschlichen Geschichte kein Beispiel gibt. Dies würde die
Grundlagen unserer Ernährung und der menschlichen Zivilisation
bedrohen.

Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit bis 2015 ein
ambitioniertes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll be-
schlossen wird. Wir müssen die Folgen der Klimaveränderungen
begrenzen und versuchen, die Erderwärmung nicht über 2 Grad
ansteigen zu lassen. Doch auch wenn dies gelingt, werden er-
hebliche Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen
nötig sein, erst recht, wenn wir die 2 Grad überschreiten. Damit
die Bremser den globalen Klimaschutz nicht weiter blockieren
können, treten wir ein für eine „Klimapolitik der unterschiedlichen
Geschwindigkeiten“ mit Deutschland in einer Allianz ambitionier-
ter Vorreiter inner- und außerhalb der Vereinten Nationen. Wir
werden Klimapolitik und Energiewende zu einem Schwerpunkt
unserer Außenpolitik machen. Bestehende Klimaschutzallianzen
wie die Transatlantische Klimabrücke werden wir ausbauen und
verstetigen. Klimapolitische Pioniere können durch die Gründung
von Klima-Clubs neue Dynamik in den internationalen Verhand-
lungsprozess bringen.

Wir stehen für eine Politik, die auf Klimagerechtigkeit abzielt.
Zur Klimagerechtigkeit gehört, dass die Länder und Bevölkerungs-
gruppen, die am meisten zu den Klimaveränderungen beitragen
und beigetragen haben, vorrangig verpflichtet sind, den davon
Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Ob
CO₂ in Deutschland, in China oder in den USA emittiert wird, ist
der Atmosphäre egal. Es braucht deshalb einen globalen Rahmen,
der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Wenn aber
der Natur ein Preis gegeben wird, um diese Fragen mit Markt-

mechanismen zu regeln, brauchen wir dafür starke soziale, ökologische und menschenrechtliche Leitplanken. Wir werden uns national und international für den Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen einsetzen und auch die großen Volkswirtschaften der Erde dazu drängen. Rein technologische Ansätze wie z. B. das Geo-Engineering sind keine Lösung des Klimaproblems, sie greifen nicht die Ursachen auf, sondern versuchen nur – unter Inkaufnahme hoher, ungeklärter Risiken – Symptome zu bekämpfen.

Europa muss zur Union für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden. Unser Ziel ist es, dass die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30 % Emissionsreduktion (ohne Anrechnung von Auslandsprojekten) bis 2020 erhöht. Der Beitrag des Emissionshandels zum Klimaschutz ist bis jetzt hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben. Den europäischen Emissionshandel wollen wir stärken durch eine Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂. Bis zur Einigung auf europäischer Ebene geht Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises voran, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels wollen wir in anderen Emissionssektoren eine stärkere Orientierung der Energiesteuern am CO₂-Ausstoß. Zudem setzen wir uns für eine verbindliche Fortentwicklung der Klima-, Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Zieljahr 2030 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 % sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 % steigen. Um die Erneuerbaren Energien in Europa zu stärken, treten wir für einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien ein. Um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, müssen wir weit mehr als bisher für den Klimaschutz tun. Bisher waren alle Maßnahmen nicht ausreichend. Entwässerte, intensiv genutzte Moore setzen riesige Mengen CO₂ frei. Wir wollen mit einem großflächigen Programm zur Moorrenaturierung Moore wieder zu CO₂-Senken machen.

Wir wollen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen endlich einhält, und deshalb zusätzlich jährlich 500 Mio. Euro aufwenden, damit die ärmsten Länder Klimaschutz- und Anpass-

sungsmaßnahmen vornehmen können. Denn von den Folgen der Klimaveränderungen und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härtesten betroffen. In Form eines Klimaschutzhaushaltes werden wir ein Steuer- und Haushaltskonzept vorlegen, mit dem wir die nötigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Erneuerbare Energien durch den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen solide und verlässlich finanzieren.

Wer GRÜN wählt ...

- stimmt für eine erfolgreiche Energiewende mit bezahlbaren Preisen und 100 % Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030.
- gibt die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.
- will mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien und Effizienz.
- sorgt für einen schnellen und endgültigen Atomausstieg ohne Sicherheitsrabatte und dafür, dass die Entsorgung des Atommülls zügig und verantwortungsvoll angegangen wird.
- stimmt gegen Kohlekraftwerke und für den Kohleausstieg bis 2030.
- will konsequenten Klimaschutz, u. a. durch ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen.
- will die Energiewende zum internationalen Erfolgsmodell machen.

Schlüsselprojekte

100 % Erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

Der Ausbau Erneuerbarer Energien von 5 auf 25 % der Stromproduktion in kurzer Zeit war ein bedeutender Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen. Damit setzen wir das erfolgreichste wirtschaftliche Demokratisierungsprojekt in Deutschland fort. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das ist das Ergebnis grüner Energiepolitik. Anders als die schwarz-gelbe Lobbypolitik für die Energiekonzerne werden wir dafür sorgen, dass die Energiewende in BürgerInnenhand bleibt. Damit diese „Energiewende von unten“ weitergeht, verteidigen wir den Einspeisevorrang für Erneuerbare, schaffen Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und leiten damit auch den Kohleausstieg ein. Wir wollen die Regelungen des EEG zum Ausbau der Erneuerbaren Energien so überarbeiten, dass es weiterhin zu einem dynamischen Ausbau der Erneuerbaren kommt und die Kosten gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende braucht Investitionen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und der Strompreis muss auch während des Umstiegs für alle bezahlbar bleiben. Dafür werden wir zuerst die Industrieprivilegien zurückführen sowie Mittelstand und Privathaushalte um 4 Mrd. Euro Energiekosten entlasten.

Klimaschutz verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz verabschieden

Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende und consequenten Klimaschutz. Bislang wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wird. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für Klimaschutz wie die Treibhausgasmindering um 40 % bis 2020 und 95 % bis 2050 unter das Niveau von 1990 mit konkreten Zielen und Maßnahmen für die Bereiche Strom und Wärme, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige Experten überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz. Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine dauerhafte Struktur für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

Energiewende vorantreiben – den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen

Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine Ausweitung von Tagebauen. Der Raubbau an der Natur ist besonders sichtbar in Brandenburg, Sachsen und in Nordrhein-Westfalen, wo riesige Tagebaue Landschaften und Dörfer verschlingen und Menschen vertreiben. Für diese Regionen wollen wir nachhaltige Alternativen finden. In Vorzeigeregionen für Erneuerbare kann die Transformation ohne Verlust von Wertschöpfung vor Ort geschehen. Damit die deutsche Wirtschaft mit dem Kohleausstieg planen kann, werden wir ihn mit einem Klimaschutzgesetz flankieren.

Steigende Anforderungen an Emissionen, Effizienz und Flexibilität von Kraftwerken müssen den Ausbau der Erneuerbaren flankieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dauerhaft eingespeister Kohlestrom verhindert zudem wirtschaftliche Laufzeiten für dringend benötigte flexible Kraftwerke.